

Zur Demokratie-Problematik in der neueren chinesischen Geschichte

Als Studenten der Pekinger Kunsthochschule am 30. Mai 1989 auf dem Tiananmen-Platz die Statue einer chinesischen „Göttin der Demokratie“ errichteten, die der Freiheitsstatue in New York ähnelte, hatte die Begeisterung der Pekinger studentischen Jugend für die Demokratie ihren Höhepunkt erreicht. Ausländische Beobachter werteten dies teilweise sogar als ein Zeichen dafür, daß nunmehr die „demokratische Weltrevolution“ auch China erfaßt habe. Solche Erwartungen haben sich jedoch bekanntlich nicht erfüllt, zumindest haben sie sich als verfrüht erwiesen.

Das Eintreten der Studenten für Demokratie zielte freilich mehr auf demokratische Reformen im Rahmen des bestehenden gesellschaftlichen Systems als auf die Errichtung einer demokratischen Ordnung westlichen Typs. Gorbatschow war zu jenem Zeitpunkt viel eher ihr Favorit als Bush. Dennoch ist unbestritten, daß grundlegende westliche Werte wie Menschenrechte, Demokratie per se, Freiheit des Denkens, Pressefreiheit u.a. die chinesische Demokratiebewegung im Frühjahr 1989 maßgeblich inspiriert haben. Die jungen chinesischen Intellektuellen beriefen sich auf diese fundamentalen menschlichen Werte, um eine Demokratisierung einzufordern, worunter sie zumeist politische Reformen à la Perestroika verstanden, die sie als unverzichtbar für eine Modernisierung des Landes ansahen. Obwohl die Forderungen der Studenten höchst begrenzt und gemäßigt waren, wurde diese Bewegung blutig niedergeschlagen. Natürlich muß ein solches gegen die Demokratiebewegung gerichtetes Vorgehen der regierenden Elite in Peking in einem Zusammenhang mit dem systembedingten Versagen der diktatorischen Herrschaft der Kommunistischen Partei gesehen werden. Da es aber nicht zum ersten Mal geschah, daß der Ruf nach Demokratie im China des 20. Jh. von einem autoritären Regime mit brutaler Gewalt erstickt wurde, stellt sich die Frage, warum in der Vergangenheit alle Versuche zur Einführung von Demokratie, auf welchem Niveau und in welcher Form auch immer, zum Scheitern verurteilt waren. Sind die Verhältnisse im China so besonders und wiegt hier das historische Erbe so schwer, daß das chinesische Volk dazu verdammt ist, länger als andere Völker unter autoritären und diktatorischen Regimes zu leiden? Zweifellos wird der weltweite Zusammenbruch kommunistischer Herrschaft einen großen Einfluß auf die künftige politische Entwicklung in der Volksrepublik China haben. Auch die Ergebnisse des Demokratisierungsprozesses auf Taiwan werden ein wichtiger Faktor sein. Aber in China ist das Problem einer Demokratisierung viel stärker als in Osteuropa mit

der traditionellen politischen Kultur verknüpft. Wenn wir mögliche Entwicklungen in Richtung auf eine Demokratisierung in der VR China beurteilen wollen, haben wir deshalb die systemimmanenten Krisenerscheinungen des kommunistischen Regimes ebenso zu berücksichtigen wie die spezifischen historischen Bedingungen Chinas. Wenn im folgenden einige historische Erfahrungen beleuchtet werden, die China im 20. Jh. mit dem Problem der Demokratisierung gemacht hat, so ist sich der Verfasser wohl bewußt, daß damit nur ein Aspekt einer im ganzen wesentlich komplexeren Fragestellung behandelt wird.

1. Historische Argumente zur Problematik und erste Erfahrungen mit demokratischen Institutionen (1911-1919)

In seinem im Jahre 1886 verfaßten Essay „Wirkliche Wahrheiten und allgemeine Prinzipien“ (Shili gongfa) war der große chinesische Reformler Kang Youwei (1858-1927) für die Freiheit des Individuums eingetreten. Das parlamentarische System bezeichnete er als die beste Form einer öffentlichen Regierung, die als solche weder mit der Ordnung einer despotischen noch mit einer konstitutionellen Monarchie vereinbar sei.¹ Die Demokratie blieb auch weiter sein Ideal – seine utopische Gesellschaft der großen Gleichheit, die er in seinem Buch Datong shu beschreibt, kennt keine Herrscher (wu junzhu) –, aber in dem Maße, wie er begann, sich mit praktischer Reformarbeit zu befassen, trat er ausschließlich für Reformen von oben ein, die von einem aufgeklärten Herrscher unter einer konstitutionellen oder absoluten Monarchie durchgesetzt werden sollten. Bereits im Jahre 1900, ein Jahrzehnt vor Ausbruch der Xinhai-Revolution, schrieb Kang: „Volkssouveränität (minquan), Gleichheit und Freiheit sind Werte, die der allgemeinen Wahrheit entsprechen und mit den Wünschen der Menschen übereinstimmen... Es ist absolut sicher, daß sie (wahrscheinlich) einmal für die ganze Welt bestimmend sein werden. Man muß dabei allerdings berücksichtigen, wann und wo ihre Einführung als angemessen angesehen werden kann; zu versuchen, sie in China einzuführen, wäre verfrüht ...“² So wie man ein Podest nicht ohne Leiter erklimmen und einen Fluß nicht ohne ein Boot oder ein Floß überqueren könne, sei es auch für China auf Grund der bestehenden Traditionen eines autokratischen Regimes nicht möglich, unmittelbar in das Zeitalter der Demokratie einzutreten.³ Für eine konstitutionelle Monarchie eintretend, faßte er 1906 seine Auffassungen folgendermaßen zusammen: „Die durch eine Verfassung garantierten Volksrechte sind die Basis (wei ti); die Macht eines befähigten und starken Monarchen ist das Mittel zu ihrer Verwirklichung (wei yong).“⁴

Nachdem er sich eine Zeit lang von der Idee der Freiheit beeindruckt gezeigt hatte, wurde auch Liang Qichao (1873-1929), ein Mitstreiter Kangs aus der Zeit der Hunderttagereform von 1898, schon 1903/04 zu einem Verfechter des politischen Autoritarismus. Er lehnte jedwede demokratische Erneuerung von unten ab und

trat für einen aufgeklärten Absolutismus in China ein. Eine starke Regierung in China könne nur geschaffen werden, wenn das Volk in einer Periode von zwanzig, dreißig, vierzig oder fünfzig Jahren durch machtvolle Persönlichkeiten vom Schlage eines Guan Zhong, Shang Yang⁵, Lykurg und Cromwell zu einem Staat verschmolzen wird. Liang geht davon aus, daß in China ein autoritäres Regime fortbestehen müsse. Als Begründung dafür führt er folgende Faktoren an: die Clanstruktur der Bevölkerung, das Fehlen eines zivilen Denkens und eines Staatsbewußtseins, das Verhaftetsein in einem dörfischen Denken, die mangelnde Fähigkeit, die Freiheit zu akzeptieren, und das Fehlen großer Ideale.⁶ 1906 hat Liang dann die Ansicht unterstrichen, wonach China weder eine republikanisch-konstitutionelle Ordnung noch eine konstitutionelle Monarchie einführen dürfe, bevor nicht ein aufgeklärter Absolutismus die politischen und bildungsmäßigen Grundlagen für eine spätere konstitutionelle Politik gelegt habe.⁷ Aber entgegen allen „Warnungen“ von Kang und Liang brach 1911 die Xinhai-Revolution aus und setzte damit die Ablösung der Monarchie durch eine republikanische Regierung auf die Tagesordnung der chinesischen Geschichte. Ähnlich wie in der Demokratiebewegung 1989 in Peking erklang auch damals der euphorische Ruf nach Demokratie. Im Herbst des Jahres 1911, nur wenige Wochen nach dem Wuchanger Aufstand vom 10. Oktober, dessen 80. Jahrestages wir vor kurzem gedacht haben, hatten junge chinesische revolutionäre Demokraten, inspiriert von den westlichen Werten der Freiheit und der Demokratie und voll von Illusionen über ein republikanisches System in China, sogar eine chinesische Marseillaise verfaßt. Der Text enthielt u.a. die folgenden Worte:

„O Freiheit, du bist der größten Himmelsgaben eine;
Zehntausende von Wundern kannst du schaffen...
Brot, Wein und alle Gaben sind dein im Überfluß!
Das große Asien ist nichts als eine unermeßliche Wüste...
Washington und Napoleon, ihr Söhne der Freieit,
kommt zu uns, um eine Inkarnation bei uns zu finden!“⁸

Anderthalb Jahre darauf waren alle diese phantastischen Träume von Freiheit und Demokratie hinweggefegt. Nach einem kurzen Intermezzo, das dem Land eine parlamentarische Regierung, konstitutionelle Aktivitäten, Parteienpluralismus und Wahlen bescherte, fanden die ersten Experimente Chinas mit demokratischen Institutionen ein rasches Ende. Die Enkel von Washington und Napoleon stellten sich nicht auf die Seite der jungen chinesischen Demokraten, sondern unterstützten den starken Mann Yuan Shikai (1859-1916) als Präsidenten der Republik. Dieser erklärte die Partei der Guomindang, die aus den Wahlen Anfang des Jahres 1913 als Sieger hervorgegangen war, kurzerhand für illegal und verschob die Einberufung des Parlaments auf unbestimmte Zeit. Und so endete das demokratische

Zur Demokratie-Problematik in China

Zwischenspiel 1911-1913 mit der Errichtung der Diktatur des Militaristen Yuan Shikai, der in der Folgezeit sogar versuchte, die Monarchie wiederherzustellen.

Ganz entschieden für eine demokratische Ordnung in China kämpfte Song Jiaoren (1833-1913), Führer der Gnomindang in jener Zeit. Im Unterschied zu Sun Yatsen und anderen Vertretern der alten Revolutionspartei Tongmenghui („Liga der Verbündeten“) – Vorläufer der Guomindang – lehnte er auch eine Präsidialherrschaft ab und trat für eine parlamentarische Demokratie mit einem Regierungskabinett ein. Nach dem Sieg der Guomindang bei den Wahlen wurde er als Kandidat für den Posten des Premierministers bestimmt und kam somit in die Rolle eines ernstzunehmenden politischen Rivalen für Yuan Shikai. Dieser reagierte prompt. Am 20. März 1913 auf dem Bahnhof in Shanghai wurde Song Opfer eines Anschlages, der von engen Vertrauten Yuans geplant und ausgeführt worden war.⁹ Als Hauptdrahtzieher in der Mordaffäre fungierte Hong Shuzu, Staatssekretär in der Regierung Yuan Shikais, der nach der Tat Zuflucht beim deutschen Gouverneur in Jiaosbou fand. In einer schriftlichen Erklärung, die er im Mai 1913 den deutschen Behörden in Qingdao vorlegte, hat er ausführlich dargelegt, warum er ein Gegner Song Jiaorens sei und weshalb er dessen Vorstellungen über die Einführung einer repräsentativen Demokratie und eines Mehrparteiensystems in China entschieden ablehne: „Ein Kabinett-System, das sich auf die Existenz politischer Parteien gründet, stellt eine gute Politik für den Westen dar. In China jedoch würde seine Einführung lediglich zur absoluten Herrschaft einer einzigen Partei führen ... In China versteht man sich nur darauf, Cliques (jiedang) zu bilden, die allein ihre Interessen vertreten ... Wenn aber ein auf dem Parteienprinzip basierendes Kabinett-System sich in eine autokratische Herrschaft einer Partei (yidangpai zhuanzhi) verwandelt, würde das mehr Schaden anrichten, als es das Mandschu-Regime getan hat ... Das bedeutet nicht, daß ein durch Parteien gestütztes Kabinett-System und eine parlamentarische Ordnung in China niemals eine Chance haben werden. Nach zwanzig Jahren, wenn die Chinesische Republik ein entwickeltes Bildungswesen aufgebaut haben wird und mindestens sechzig oder siebenzig Prozent der Bevölkerung lesen und eine allgemeine Schulbildung erhalten können, erst dann kann man an Wahlen und an politische Parteien denken. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen in China, wo nur zwanzig Prozent der männlichen und ein Prozent der weiblichen Bevölkerung lesen können, würde unser Land in Unordnung geraten, wenn wir den Weg westlicher Politiker gehen würden.“¹⁰

Einige der Argumente Hong's wurden ein Jahr darauf von Dr. Frank Goodnow, einem amerikanischen Professor für politische Wissenschaften, wiederholt, der als Verfassungsberater für Yuan Shikai die Pläne des Diktators zur Restaurierung der Monarchie unterstützte. Ähnlich wie Arigo Nagav, ein japanischer Berater in Yuans Regierung, begründete Goodnow seine These, wonach die Monarchie am besten den Erfordernissen Chinas entspreche, mit dem Argument, daß die Chine-

sen auf Grund ihrer politischen Traditionen und gesellschaftlichen Verhaltensweisen noch nicht reif für eine repräsentative Regierung seien. China habe keine Erfahrungen in der Anerkennung der Gesetzlichkeit, in der Handhabung von Rechten des Individuums und in der Einhaltung von Disziplin. Solange die Chinesen noch nicht gelernt hätten, bewußten Gehorsam gegenüber einer Regierung zu zeigen, solange die soziale Kooperation ungenügend entwickelt sei und die privaten Rechte nicht respektiert würden, werde eine absolute Form der Regierung unvermeidlich sein.¹¹

Junge Intellektuelle mit westlicher Bildung wie Li Dazhao (1889-1927) reagierten darauf mit Bitterkeit. Mit Ausländern könne man über die Frage der nationalen Besonderheiten Chinas nicht diskutieren, meinte er. „Wenn die Japaner fähig sind, an einer (parlamentarischen) Regierung teilzunehmen“, fragt Li entrüstet, „warum sollten dann nur wir Chinesen dazu nicht imstande sein?“ Li erkennt an, daß in der Vergangenheit das Volk in China tatsächlich wenig Interesse an Politik gezeigt habe. Die Ursache dafür sieht er darin, daß der Staat gegenüber dem Individuum seine Macht nicht übermäßig in Anwendung gebracht habe. Nach dem Eindringen des Westens jedoch, argumentiert Li, seien die Pflichten und Verantwortlichkeiten des Staates enorm angewachsen. Nach Ansicht von Li habe die Revolution von 1911 gezeigt, daß das Volk sich erhoben habe, um politische Macht und eine repräsentative Regierung zu fordern. Darum sei nunmehr die Kontrolle der neuen Staatsmacht durch das Volk notwendig geworden.¹² Wie andere Intellektuelle hatte auch Li gehofft, daß nach dem Tode Yuan Shikais im Jahre 1916, als die Legalität der Republik formal wiederhergestellt worden war, eine Rückkehr zu einer konstitutionell-demokratischen Politik möglich werden würde. Aber sehr bald wurde es offensichtlich, daß das Parlament und das Kabinett – beide beherrscht von einer Vielzahl von Fraktionen, politischer Klubs und Parteien – nicht mehr als eine konstitutionelle Fassade abgaben, während die wirkliche Macht in den Händen der warlords lag.

1917 wurde das Parlament im Ergebnis des Konfliktes über einen Kriegseintritt Chinas auf Seiten der Entente gegen Deutschland aufgelöst. Als es dann nach dem gescheiterten monarchistischen Restaurationsversuch unter Zhang Xun (Juli 1917) im Jahre 1918 wieder eingesetzt wurde, geriet es vollends unter die Kontrolle von warlords der sog. Anfu-Clique.

Obwohl die Erfahrungen, die China seit den Xinhai-Ereignissen mit konstitutionellen Institutionen machen mußte, insgesamt sehr enttäuschend waren, wurden die Ideen der Demokratie und der Freiheit in der Bewegung des Vierten Mai 1919 von der neuen Intelligenz erneut lautstark vertreten. Wenn diese Bewegung selbst auch mehr eine nationale und intellektuelle als eine demokratische im eigentlichen Sinne war, stand Mr. De (Democracy) gemeinsam mit Mr. S. (Science) bei den geistigen Führern der Bewegung ganz hoch im Kurs. Für sie

bedeutete ein Eintreten für Mr. De freilich vor allem „Widerstand gegen den Konfuzianismus, gegen den alten Ritualcodex, gegen die Keuschheitsregeln für Frauen, gegen die traditionelle Ethik und gegen eine überholte Politik“¹³, weniger ein Nachdenken über demokratische Institutionen.

Chen Duxiu (1879-1942), einer der führenden Köpfe der Bewegung für eine neue Kultur, hatte schon sehr früh den Glauben an Mr. De verloren. Bereits 1918 hatte er geschrieben: „Wenn man die qualitativen Voraussetzungen (des Volkes) in unserem Land berücksichtigt, erscheint es in der Tat zweifelhaft, daß hier eine demokratische Republik erreicht werden kann.“¹⁴

Sun Yatsen (1866-1925), der „Vater der Chinesischen Republik“, hat sein ganzes Leben der republikanischen Sache gewidmet. Nach der Auflösung des Parlaments im Jahre 1917 kam er sogar, wie M. Wilbur schreibt, in die Rolle eines „leading champion of constitutional republicanism“.¹⁵ Dennoch blieb er stets sehr vorsichtig, wenn es um die Bestimmung der konkreten Formen und des Zeitplanes für die Einführung einer demokratischen Ordnung ging. Wie M. Bastid-Bruguere erst jüngst aus französischen diplomatischen Quellen erhellen konnte, hat Sun Yatsen im Mai 1905 erstmals davon gesprochen, daß eine verfassungsmäßige Regierung durch eine Periode der politischen „Vormundschaft“ vorbereitet werden müsse. In einem Gespräch mit einem französischen Diplomaten sagte er: „Die Vereinigten Staaten Südchinas könnten die Form einer Republik annehmen, zunächst wird aber eine militärische Diktatur notwendig sein.“¹⁶

Nach dem „Revolutionären Plan der Liga der Verbündeten“ (Zhongguo tongmenghui fanglue), der 1906 ausgearbeitet wurde, sollte eine militärische Form der Herrschaft mindestens drei Jahre bestehen, gefolgt von einer sechsjährigen Periode, in der ein „contractual law“ gelten sollte. Erst danach sollte die verfassungsmäßige Regierung gebildet werden.¹⁷ Sun beklagte, daß „die meisten Chinesen eine Verbindung zwischen sich selbst und dem Staat nicht anerkennen, daß jeder mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigt ist, ohne irgendwelche Anstrengungen für den Staat zu unternehmen.“¹⁸ Darum bestand er auf der Idee, daß das Volk zunächst einmal auf der lokalen Ebene Erfahrungen mit der Demokratie in Form der Selbstverwaltung gewinnen solle. Nach Ansicht von Sun sollte das Volk zuerst von Tutoren, Leuten mit Voraussicht und Überblick, dazu erzogen werden. Als er am Ende seines Lebens erkennen mußte, daß China seit der Revolution von 1911 nur dem Namen nach eine Republik war, sah er eine Ursache für diese tragische Entwicklung darin, daß die ursprünglich von ihm vorgesehenen Stadien einer Militärregierung und einer politischen Vormundschaft ausgelassen worden waren und China sofort in das Stadium einer Verfassungsdemokratie hineingesprungen war.¹⁹

Am Ende des Ersten Weltkrieges haben viele chinesische Intellektuelle den Sieg der Entente über die Mittelmächte als Sieg der Demokratie und der Freiheit

über Despotismus und Militarismus in der Welt gepriesen. Sie hatten das Eintreten von Präsident Wilson für Freiheit und nationale Selbstbestimmung ernst genommen. Aber als dann die Beschlüsse der Pariser Friedenskonferenz zur Shandong-Frage – das ehemalige deutsche Schutzgebiet wurde nicht China zurückgegeben, sondern Japan zugesprochen – bekannt wurden, schmolz die letzte Hoffnung dahin, daß westliche Demokratien China helfen würden, den Weg einer unabhängigen demokratischen Entwicklung einzuschlagen. Konfrontiert mit einer zutiefst antidemokratischen Herrschaft der warlords, die sich feindlich gegenüber den Rechten des Volkes und der Volksbewegung verhielten und die Republik lediglich als Fassade für den Ausverkauf der nationalen Souveränität mißbrauchten, gewannen die verschiedensten politischen Kräfte in China die Überzeugung, daß die Versuche, grundlegende politische und ökonomische Veränderungen mit Hilfe demokratisch-konstitutioneller Methoden zu erreichen, letztlich alle gescheitert waren. Damit trat der Kampf für ein neues China in eine neue Periode ein.

Bleibt zu fragen, warum die demokratischen Experimente in den ersten Jahren nach der Xinhai-Revolution gescheitert sind. Die Gründe treten deutlich zu Tage: Die Zeit war dafür einfach noch nicht reif, die sozialen und politischen Bedingungen für die Einführung einer repräsentativen Demokratie fehlten weitestgehend.

Die folgenden Faktoren verdienen in diesem Zusammenhang erwähnt zu werden:

- Wegen des verbreiteten Analphabetentums war die Mehrheit der Bevölkerung gar nicht in der Lage, an der Politik teilzunehmen. Auf Grund von Beschränkungen, die nur Personen mit entsprechendem Besitz und Bildungsstand die Teilnahme an den Wahlen für das erste chinesische Parlament gestatteten, hatten insgesamt nur fünf Prozent der Bevölkerung das Stimmrecht.
- Eine wirtschaftlich starke und politisch aufgeklärte Mittelklasse, die im Westen das Rückgrat der konstitutionellen Demokratie bildete, fehlte in China nach wie vor.
- Es gab keinerlei Erfahrungen mit demokratischen Institutionen. Im Unterschied zu westlichen Staaten, wo es bereits unter der feudalen Monarchie ein Parlament gegeben hatte, bestand solch eine Einrichtung in Chinas Vergangenheit nicht.
- Die neu entstandenen Parteien waren noch keine Parteien im modernen Sinne. Sie verfügten im allgemeinen weder über eine Massenbasis noch über eine das ganze Land umfassende Organisationsstruktur. Sie repräsentierten noch nicht klar zu definierende ökonomische und politische Interessen, soziale Klassen oder Schichten. Häufig ähnelten sie noch den traditionellen Geheimgesellschaften oder Loyalitätsverbänden, die von einflußreichen Persönlichkeiten dominiert wurden.
- Die Mitglieder des Parlaments auf zentraler oder lokaler Ebene verstanden sich nicht als Volksvertreter, sondern mißbrauchten ihre Position, die sie häufig durch Bestechung oder Erpressung erlangt hatten, zu ihrem eigenen Vorteil.

- Die Gesellschaft als Ganzes wurde weiterhin von den warlords und Bürokraten beherrscht, d.h. von Kräften, die es vorzogen, ihre Machtposition mit diktatorischen Mitteln zu erhalten, als diese im Ergebnis eines demokratischen Wettbewerbs zur Disposition zu stellen.
- Um das traditionelle Konzept der „Herrschaft durch Personen“ (renzhi) durch das Konzept „Herrschaft durch das Gesetz“ abzulösen und die Autorität legaler Institutionen durchzusetzen, bedurfte es einer längeren Periode des Übergangs. Innerhalb weniger Jahre war ein solcher einschneidender Umbruch nicht möglich.

2. Eine neue Etappe: Machtkämpfe statt demokratischer Wettbewerb (1919-1945)

Unter dem Einfluß der Oktoberrevolution in Rußland verbreitete sich in China ein neues Verständnis von Demokratie, das nun die Massenbewegung als wichtiges Element einschloß. Es entstand eine chinesische kommunistische Bewegung, die mit Sowjetrußland und der Kommunistischen Internationale verbunden war. Die Mobilisierung breiter Massen, soziale Bewegungen und der bewaffnete Kampf begannen, die politische Szene zu bestimmen.

Obwohl Sun Yatsen auch weiterhin an der Demokratie als Ziel festhielt, stimmte er einer Reorganisierung der Guomindang nach dem Vorbild der bolschewistischen Partei zu. Er erkannte, daß die Partei zunächst vor allem für den Kampf und weniger für einen Verfassungsdisput oder einen Wettbewerb benötigt wurde. Darum forderte er nicht nur die Schaffung einer straffen Parteiorganisation, sondern auch die einer „Parteiarmee“ (dangjun). Auf die Frage, worauf sich die Partei stütze, antwortete er im Oktober 1923: „auf die Armee die vollständig von den Parteimitgliedern kontrolliert wird“²⁰. Im Januar 1924 drückte er seine Entschlossenheit aus, „gestützt auf die Kraft einer politischen Partei, das Land umgestalten“ zu wollen.²¹ Sun Yatsen machte unmißverständlich klar, daß er einen Zustand anstrebte, „wo die [eine] Partei über das ganze Land herrscht“ (yidang zhiguo).²² Die Partei selbst sollte eine zentralistische Organisationsstruktur haben. Die Schwäche der alten revolutionären Organisationen, wie z. B. der Tongmenghui, im Auge, ging er nun so weit zu sagen: „Nur wenn die Parteimitglieder bereit sind, ihre Freiheit zu opfern, wird die Partei die Freiheit des Handelns erlangen.“²³ Während der Nationalen Revolution 1925-27 und des revolutionären Nordfeldzuges 1926-27, als die Guomindang (GMD) und die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) eine Einheitsfront bildeten, dominierte der bewaffnete Kampf alles, für die Schaffung von Rahmenbedingungen für eine verfassungsmäßige Demokratie blieb keine Zeit. Die Formen der politischen Macht, wie sie während der Nationalen Revolution in Guangzhou und Wuhan entstanden, können als demokratisch nur insoweit angesehen werden, als die von der Partei geführte Massenbewegung eine Art Volksdemokratie entstehen ließ.

Nach dem Zusammenbruch der Einheitsfront mit der GMD praktizierte die KPCh eine Politik im Sinne des leninistischen Konzepts vom Klassenkampf und der Diktatur des Proletariats, was in Wirklichkeit auf eine Diktatur der Partei und der Armee hinauslief. Bedingt durch dieses Konzept, die politischen Verhältnisse in den Sowjetgebieten und die Situation in der Partei selbst, die permanent von politischen Säuberungen geschüttelt und zunehmend durch den Personenkult um Mao Zedong bestimmt wurde, war die KPCh in jener Zeit zu Fortschritten in Richtung auf mehr Demokratie nicht imstande.

Der siegreiche Abschluß des Nordfeldzuges gegen die Militarisierung durch die GMD im Jahre 1928 führte zu einer vorübergehenden Einigung Chinas. Aber auf Grund der relativen Selbständigkeit verschiedener militärischer Kräfte in einzelnen Provinzen und auf Grund des Bestehens von Regionen, die von der KPCh kontrolliert wurden, war diese Einheit höchst unvollkommen. In einer solchen instabilen Situation für den Nationalstaat, die sich nach der militärischen Intervention der Japaner Anfang der dreißiger Jahre weiter verschlechterte, existierten im republikanischen China augenscheinlich nicht die Voraussetzungen zur Schaffung von Grundlagen für eine demokratische Entwicklung. Unter den Bedingungen der „Herrschaft einer Partei über das ganze Land“ konnte auch ein die Demokratisierung begünstigendes Bewußtsein kaum entstehen. Im Gegenteil, auf Grund der negativen Erfahrungen, die man mit demokratischen Institutionen seit 1912 gemacht hatte, war eine Desillusionierung im Hinblick auf westliche Demokratie in den dreißiger Jahren unter den chinesischen Intellektuellen weit verbreitet. Selbst der berühmte Philosoph Liang Shuming (1893-1988) befürchtete, daß die Einführung einer demokratischen Regierungsform die Nation schwächen würde. Altbekannte Argumente wurden wieder ins Feld geführt, so auch jenes, wonach in China eine Nation, die politisch geeint ist und durch die Loyalität der Bürger gegenüber dem Staat zusammengehalten wird, erst noch entwickelt werden müsse.

In einem solchen politischen Klima und unter dem Eindruck des zurückgehenden Glanzes westlicher Demokratien, die im Vergleich zu den neuen diktatorischen Regimen in Italien, Deutschland und Sowjetrußland als weniger erfolgreich erschienen, gelangte Qian Duansheng, ein Politikwissenschaftler, zu der Auffassung, daß China nur durch einen totalitären Staat mit Kontrolle über die Wirtschaft gerettet werden könne. Er schrieb 1934: „Der totalitäre Staat, von dem ich spreche, muß einen Diktator haben, ... der Ideale besitzt und Pläne zum wirklichen Nutzen für das Volk macht.“²⁴ Dementsprechend wurden auch die Rechte des Individuums als Prinzipien betrachtet, die auf China nicht passen. Selbst ein so konstitutionell ausgerichteter Denker innerhalb der GMD wie Sun Fo (1891-1973), der Sohn Sun Yatsens, erklärte: „Wir können definitiv sagen, daß die Verfassung, die wir brauchen, nicht den Individualismus zum Ausgangspunkt für Gesellschaft und Regierung hat.“²⁵

Zur Demokratie-Problematik in China

Es ist bekannt, daß auch Jiang Jieshi (1887-1975), der persönlich für die Gründung der „Blauhemden“, einer profaschistischen Organisation innerhalb der GMD verantwortlich zeichnete, ein Bewunderer faschistischer Herrschaftsmethoden war. Im Jahre 1935 sagte er: „In der kritischen Lage, in der sich China gegenwärtig befindet, erweist sich der Faschismus als eine wunderbare Medizin, die für China genau passend ist, nur der Geist des Faschismus vermag China zu retten.“²⁶

Wenn auch die generelle Entwicklung in der politischen Herrschaft GMD-Chinas nach 1928 zu einem diktatorischen Regime mit Jiang Jieshi als obersten Führer hin tendierte, verdienen dennoch mehrere Versuche, die darauf zielten, innerhalb und außerhalb der Partei mehr Demokratie einzuführen, besondere Erwähnung:

Erstens: die Fraktion der sog. Reorganisatoren in der GMD, die in der Periode von 1928 bis 1931 für mehr Demokratie in der Partei eintrat. Shi Cuntong (1899-1970) und andere kritisierten die Machtkonzentration in der Parteizentrale und forderten, alle Entscheidungen der Partei auf demokratische Weise zu treffen. Sie betonten die Massenbasis der Partei wie auch die Rolle der Kleinbourgeoisie, um so den Weg zu mehr Demokratie zu öffnen. Sie hielten eine Demokratisierung und eine stärkere Hinwendung der Partei zu den Volksmassen für die wichtigsten Grundsätze einer Reorganisation der GMD.²⁷ Weil es aber keine institutionalisierten Kanäle gab, um in einer regulären Rahmen die Auseinandersetzungen mit den Kräften der Zentrale zu führen, waren die Reorganisatoren gezwungen, sich mit Kräften in den Provinzen zu militärischen Aktionen gegen Jiang Jieshi zu verbünden, und konnten so relativ leicht geschlagen und isoliert werden.²⁸

Zweitens: der Versuch von Kritikern des Einparteien-Systems der GMD, über eine Nationale Notstandskonferenz (guonanhui) 1931/32, an der zahlreiche Nicht-Parteimitglieder als Delegierte teilnehmen sollten, die Bildung einer Koalitionsregierung zu fordern, um so das Monopol einer Einparteien-Regierung zu brechen. Die Regierung hintertrieb jedoch das Zustandekommen dieser Konferenz, indem sie zusätzlich „sichere“ Delegierte bestimmte. Im Ergebnis dessen nahm an der Konferenz am Ende nur ein Drittel der vorgesehenen Delegierten teil, zumeist Mitglieder der GMD. Unter solchen Bedingungen konnte die Konferenz die Sache der Demokratisierung nicht ernsthaft voranbringen.²⁹

Drittens: die Anstrengungen Sun Fos in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre für politische Reformen. Sie fanden ihren Ausdruck in der Ausarbeitung einer Verfassung nach einem von Sun Yatsen beschriebenen Modell. Die Aktivitäten Sun Fos zielten darauf, den legislativen Organen mehr Macht zu verleihen, um auf diese Weise einer autoritären Kontrolle der Regierung durch einen Militärdiktator vorzubeugen. Im Ergebnis eines langwierigen Prozesses der Überarbeitung und der Korrekturen, die durch Interventionen von oben veranlaßt wurden, bewirkte der ausgeübte Druck schließlich, daß jene demokratischen Elemente, die der erste

Entwurf enthalten hatte, in der letzten Fassung eliminiert waren. Aber selbst dieser entschärfte und angepaßte Entwurf, der am 5. Mai 1936 die Zustimmung der Regierung gefunden hatte, wurde der Nationalversammlung niemals vorgelegt und erhielt somit keine praktische Rechtsgültigkeit. Der Grund, warum auch diese letzte Fassung blockiert wurde, ist offenbar darin zu suchen, daß sie einer starken Präsidentschaft den Vorzug vor einer reinen Diktatur gab.³⁰

Zusammenfassend wird man auch für die gesamte Periode von 1919 bis 1945 sagen müssen, daß nach wie vor die politischen Voraussetzungen zur Schaffung institutioneller Rahmenbedingungen für eine Demokratisierung nicht gegeben waren. Unter den Bedingungen des Bürgerkrieges und des Krieges gegen die Japaner sowie der wachsenden politischen Polarisierung zwischen der GMD und der KPCh, die beide zentralistisch organisiert und diktatorisch kontrolliert wurden und über eigene Territorien und militärische Macht verfügten, war an die Schaffung einer Legitimität für die politische Demokratie nicht zu denken. Es kommt hinzu, daß die politischen Führer Chinas im 20. Jh. zumeist die Demokratie nicht so sehr als wirkliches Ziel, sondern als Mittel zur Erlangung von Macht, nationaler Stärke und Ansehen betrachteten. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, daß negative Erfahrungen mit demokratischen Formen der Politik frustrierte Politiker häufig dazu brachten, die Diktatur einer Demokratie vorzuziehen.

3. Das Nichtzustandekommen einer Koalitionsregierung nach dem chinesisch-japanischen Krieg – eine verlorene Chance für die Demokratisierung?

Angesichts der Niederlage und des Rückzugs der Japaner aus China mußten die verschiedenen politischen Kräfte ihre Politik entsprechend der neuen politischen Situation überdenken. Das hing nicht zuletzt auch damit zusammen, daß die USA und die UdSSR, Verbündete im Zweiten Weltkrieg, anscheinend mehr an der friedlichen Entwicklung eines geeinten China als an einer Fortsetzung des Bürgerkrieges interessiert waren. Obwohl nicht frei von orthodoxen Klischees wie der „führenden Rolle des Proletariats“, fand in dieser Situation das Konzept der „Neuen Demokratie“, das Mao schon 1940 entwickelt und 1945 durch die Idee einer Koalitionsregierung vervollständigt hatte, einen gewissen Anklang bei der Bevölkerung. Einer der Gründe für die Akzeptanz war das Versprechen, wenn auch nur auf dem Papier gegeben, das Machtmonopol einer Partei oder einer Klasse zu überwinden, d.h. sowohl die Diktatur der GMD als auch den sowjetischen Diktaturtyp der Kommunisten zu vermeiden.³¹ In einem Gespräch mit dem US-Botschafter Marshall soll Zhou Enlai zum Ausdruck gebracht haben, daß die Forderung der Kommunisten nach Demokratie sehr viel mit der amerikanischen Demokratie gemeinsam habe, die man, um sie in China anwenden zu können, lediglich ein wenig sinisieren müsse.³²

Im Ergebnis innerer und äußerer Entwicklungstrends fand die Idee einer Koalitionsregierung, in der alle politischen Parteien, Gruppierungen und Parteilose repräsentiert sein würden, ebenso wie die Idee freier uneingeschränkter Wahlen für eine Nationalversammlung eine gewisse Resonanz auch in den von der GMD kontrollierten Gebieten. Die Demokratische Liga z. B., die sich 1944 reorganisiert hatte, unterstützte auf ihrem Außerordentlichen Kongreß im Oktober 1945 die Idee einer Politischen Konsultativkonferenz (PKK) und hatte aktiven Anteil daran, daß diese im Januar 1946 stattfand. Die Mehrheit der 38 Delegierten für die PKK wurde weder von der GMD noch von der KPCh gestellt – nur acht Delegierte gehörten der GMD und sieben der KPCh an –, sondern von Vertretern anderer Parteien und Gruppen: Chinesische Jugendpartei (5 Delegierte), Demokratische Liga (2 Delegierte), Vereinigung zur Nationalen Rettung (2 Delegierte), Vereinigung für Berufsbildung (1 Delegierter), Verband für den ländlichen Wiederaufbau (1 Delegierter), Dritte Partei (1 Delegierter) und parteilose Vertreter (9 Delegierte). Wie begrenzt die Rolle auch war, die die PKK spielen konnte – ihre Tätigkeit wurde von der GMD sehr bald sabotiert –, ihre Beschlüsse konnten dennoch als ein Signal für eine mögliche Wiedervereinigung Chinas mit demokratischen Mitteln angesehen werden. Immerhin enthielten diese Beschlüsse u. a. die Forderung, das Stadium einer politischen „Vormundschaft“ in China zu beenden und eine Nationalversammlung zu bilden, die die Verfassung von 1936 in einer überarbeiteten Fassung annehmen sollte.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß die Vertreter der sog. Dritten Kraft für eine Demokratie in China eintraten, die sich sowohl von der anglo-amerikanischen Form der Demokratie als auch vom politischen System in der Sowjetunion unterscheiden sollte. Weil zu befürchten war, daß freie Wahlen von den bestehenden Machtcliquen zu ihrem Vorteil manipuliert werden würden, glaubte Zhang Dongsun (1886-1973), daß die GMD, die KPCh und die Demokratische Liga gemeinsam die Interessen des Volkes repräsentieren sollten. Indem sie sich gegenseitig kontrollierten und so eine Art Gleichgewicht der Kräfte gewährleisteten, sollten sie eine wirkliche Demokratie garantieren.³³ Zhang kam zu der Überzeugung, daß die Organisation der KPCh zu straff und deshalb unpassend für ein demokratisches Land war. Aus diesem Grunde setzte er darauf, den Charakter der GMD durch die Schaffung eines Umfeldes zu verändern, von dem eine allseitige Kontrolle und ein entsprechender Zwang zu einer Reform der Partei ausgehen sollte.³⁴ Die Vertreter der Dritten Kraft traten für eine progressive politische Kultur der Freiheit des Denkens ein. Sie waren deshalb häufig mit der GMD ebenso unzufrieden wie mit der KPCh, weil ihrer Ansicht nach beide Parteien viel zu wenig für die Demokratie taten. Diese Situation wird sehr gut von einem Professor der Nationalen Zentral-Universität in Nanking beschrieben, der sich nach einem Besuch in den von den Kommunisten regierten Gebieten 1946

folgendermaßen äußerte: „Ich habe den Eindruck, daß die Demokratie der GMD eine Demokratie der Form, aber nicht dem Inhalt nach ist, während die Demokratie der KPCh eine Demokratie unter Kontrolle der Partei darstellt.“³⁵

Trotz aller Anstrengungen der Vertreter der Dritten Kraft konnte die Chance für eine friedliche, demokratische Lösung von Chinas Problemen nicht genutzt werden. Der Bürgerkrieg zwischen GMD und KPCh brach erneut aus, und die entstandenen Keime für einen möglichen Parteienpluralismus wurden durch den Machtkampf zweier Parteien zunichte gemacht, von denen keine bereit war, den jeweiligen Rivalen als Wettbewerbspartner innerhalb eines pluralistischen demokratischen Systems anzuerkennen. Im Gegenteil, jede Seite mißbrauchte der anderen und strebte danach, sie mit Gewalt zu liquidieren.

Die GMD hat aber dennoch unter den Bedingungen des Bürgerkrieges eine neue Verfassung verkündet und Wahlen zu einer Nationalversammlung durchgeführt, deren erste Tagung für das Frühjahr 1948 angesetzt war. Weil alle diese Aktivitäten jedoch unter der Ägide einer Partei und in einer Atmosphäre der Unterdrückung stattfanden (die Demokratische Liga wurde im Herbst 1947 verboten), konnten sie schwerlich als Entwicklung in Richtung auf eine echte Demokratisierung gewertet werden. Bei einer Meinungsumfrage, die im Frühjahr 1948 unter Studenten durchgeführt wurde, antworteten fast achtzig Prozent auf die Frage, ob die Wahlen und die Verkündung der Verfassung ein Zeichen dafür sei, daß das Land sich in Richtung auf eine Demokratisierung hinbewege, mit „nein“ oder „nicht unbedingt“.³⁶

Ohne über eine stabile soziale und politische Basis zu verfügen, waren die neu entstandenen Parteien und Gruppierungen innerhalb der Dritten Kraft letztlich gezwungen, sich entweder an die KPCh oder die GMD anzulehnen. Während die Chinesische Jugendpartei und die Demokratische Sozialistische Partei mit Zhang Junmai (1886-1969) als ihrem Führer beschlossen, mit der GMD in die Regierung einzutreten, wählten andere Vertreter der Demokratischen Liga, darunter Zhang Dongsun, den Weg der Zusammenarbeit mit der KPCh. Letztere nahmen aktiv teil an der Arbeit einer neuen Politischen Konsultativkonferenz, die 1949 unter Führung der Kommunisten stattfand. Ihre Hoffnung jedoch, unter den Bedingungen der Volksrepublik die Sache der Demokratie voranbringen zu können, zerschlugen sich rasch. Bereits 1952 wurde Zhang Dongsun aller seiner Funktionen enthoben und als „konterrevolutionäres Element“ verurteilt. Die acht „demokratischen Parteien“ in der VR China waren gezwungen, die Führung durch die KPCh anzuerkennen. Wenn ihre Vertreter versuchten, auch nur die leiseste Kritik an der Diktatur einer Partei zu äußern, wie z.B. im Jahre 1956, wurden sie als Feinde der volksdemokratischen Ordnung gebrandmarkt.³⁷

4. Ausblick

Die historischen Erfahrungen, die China im 20. Jh. mit dem Thema der Demokratisierung gemacht hat, zeigen, daß der wachsende Wunsch und der emphatische Ruf einiger aufgeklärter Intellektuellen nach Freiheit und Demokratie zu keiner Zeit ausreichten, um in der Realität eine demokratische Ordnung zu errichten. Ob solche Forderungen nach Demokratie verwirklicht werden können, hängt von den gesellschaftlichen Bedingungen des Landes, den Traditionen des politischen Denkens und den vorherrschenden politischen Doktrinen ab. Objektive und subjektive Faktoren sind es, die in ihrer Verflechtung einen Übergang zu demokratischen Regierungsformen behindern. Die herrschenden Eliten, die im allgemeinen vor den sozialen und politischen Konsequenzen von Reformen zurückschrecken, laufen Gefahr, den geeigneten Zeitpunkt für einen Übergang zur Demokratisierung zu verpassen. Die Frage, ob die herrschende Elite aus Furcht vor den sozialen Konsequenzen oder allein aus Gründen der eigenen Machterhaltung an autoritären Herrschaftsformen festhält, läßt sich nicht immer eindeutig beantworten. Eines aber scheint durch die Erfahrungen des 20. Jh. erwiesen: Eine rein westliche Form der Demokratie ist ungeeignet für China. Wir begingen einen Fehler, wenn wir die westliche repräsentative Demokratie zum einzigen Kriterium für die Bewertung des Demokratisierungsprozesses in China nehmen würden. Der Kampf für Demokratie (oder für etwas mehr Demokratie) ist nicht mit der Einführung eines westlichen Demokratietyps gleichzusetzen. Zweifellos haben solche menschlichen Werte wie Freiheit und Demokratie eine universelle Bedeutung, trotzdem wird ihre Verwirklichung in jedem Land unterschiedlich sein. So wie die einzelnen Länder extreme Unterschiede in Bezug auf den Stand ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung aufweisen, werden auch die dort bestehenden Formen der politischen Herrschaft unterschiedlich sein. Die Demokratie ist kein starrer Begriff, sie entwickelt sich weiter und wird durch neue Entwicklungen mit neuen Inhalten angereichert. Die Zukunft muß es erst noch erweisen, ob die westliche Demokratie nach dem Zusammenbruch der Staaten des „realen Sozialismus“ in der Lage sein wird, den neuen Herausforderungen gerecht zu werden, die sich auf dem Feld der Partizipation des Volkes an politischen Entscheidungen und besonders in der Frage der sozialen Gerechtigkeit ergeben. Immerhin hat der Club of Rome in seinem letzten Bericht „Die globale Revolution“ die Auffassung vertreten, wonach „die Demokratie in ihrer heute praktizierten Form“ „für die vor uns liegenden Aufgaben nicht mehr besonders gut geeignet“ ist. Und weiter heißt es: „Man kann nur hoffen, daß die neu erwachte Begeisterung für die Demokratie in den befreiten Ländern dafür sorgen wird, daß die Menschen dort nicht sklavisch bereits vorhandene Modelle nachahmen, die nicht mehr in der Lage sind, den Erfordernissen von heute gerecht zu werden.“³⁸

Der historische Weg zur Demokratie ist überall sehr lang. Manchmal wird diese Wahrheit von Menschen aus dem Westen vergessen, wenn sie sich schockiert über den sog. östlichen Autoritarismus zeigen. Aber ist nicht gerade Deutschland, das den preußischen Militarismus und den Faschismus hervorgebracht hat, ein Beispiel dafür, daß das Ende eines Kaiserreiches nicht automatisch seine Ablösung durch eine demokratische Entwicklung bedeutet?

Die Tatsache, daß eine Modernisierung der Gesellschaft auch unter prädemokratischen Formen der Regierung eingeleitet werden kann, wird für eine Reihe asiatischer Staaten allgemein anerkannt und mit dem Begriff „Entwicklungsdictatur“ verbunden. Das Problem ist, ob es nicht schon unter prädemokratischen Herrschaftsformen möglich wird, die Modernisierung und den Wohlstand des Volkes voranzubringen, allmählich die repressiven Elemente der Regierungsgewalt zu reduzieren und Bedingungen für einen Übergang zu einer mehr demokratischen Ordnung zu schaffen. Wenn dies von einer prädemokratischen Regierung geleistet werden kann, wird man geneigt sein, diese für eine bestimmte Periode zu akzeptieren. Ein Wort von Hu Shi (1891-1962) leicht variiierend, könnte man in einem solchen Falle sagen: „Mehr praktische Arbeit leisten, weniger über Ismen reden.“³⁹ Die chinesische Geschichte hat aber auch die Gefahren gezeigt, die darin bestehen, daß diktatorische Regimes oft dazu neigen, sich zu verhärten und so zu einem Hindernis für die gesamte weitere Entwicklung zu werden. Wenn die Notwendigkeit für einen Übergang gelehnt und die Zeit für ein neues Herangehen versäumt wird, kann das gesamte System in eine Phase der Krise und des Zusammenbruchs eintreten. GMD-China in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre und die VR China am Ende der achtziger Jahre waren einem solchen Zustand offensichtlich sehr nahe. Andererseits zeigen die jüngsten Entwicklungen auf Taiwan, daß ein substantieller Wandel und ein Übergang zur Demokratie in diesem Teil Chinas möglich sind. Demokratische Veränderungen vollziehen sich offenbar erst dann mit Notwendigkeit, wenn es relevante soziale Schichten und Kräfte gibt, die daran wirtschaftlich und politisch interessiert sind. So lange dominante politische Kräfte und herrschende Gruppen noch in der Lage sind, ihre Macht ohne Demokratie aufrechtzuerhalten und der Ruf nach Demokratie noch nicht wirklich große Teile der Gesellschaft erreicht, wird es selbst einem genialen Mann an der Spitze nicht gelingen, die Demokratie einzuführen. Offenkundig haben erst fundamentale ökonomische und soziale Veränderungen, der Übergang zu einer modernen Industriegesellschaft, charakterisiert u.a. durch das Aufkommen einer wirtschaftlich starken Mittelklasse und ein hohes Bildungsniveau des Volkes, den Demokratisierungsprozeß auf Taiwan möglich und erforderlich gemacht. Dagegen hat China auf dem Festland, wo es nach wie vor ökonomische und soziale Rückständigkeit gibt und in manchen Gebieten noch eine agrarische Gesellschaft besteht, noch einen langen Weg vor sich. Obwohl das Thema der Demokratisierung

Zur Demokratie-Problematik in China

z. B. im Hinblick auf die Beteiligung der Intelligenz und anderer gesellschaftlicher Kräfte und politischer Parteien an dem politischen Entscheidungsprozeß in der VR China objektiv bereits auf der Tagesordnung steht, scheint ein baldiger und rascher Übergang zu einer wirklichen demokratischen Ordnung selbst dann wenig wahrscheinlich, wenn es zu einem substantiellen Wandel der kommunistischen Herrschaft in der nahen Zukunft kommen sollte.

- 1 Kung-chuan Hsiao, *A Modern China and a New World*, K'ang Yu-wel, Reformer and Utopian, 1858-1927, Seattle/London 1975, S. 430.
- 2 Ebenda, S. 220.
- 3 Kang Youwei zhenglunji (Eine Sammlung politischer Essays von Kang Youwei), Beijing 1981, Bd. 1, S. 475.
- 4 Ders., *Bu degou youji*, (Ergänzender Reisebericht über Deutschland), 1906, in: Jiang Guilin, *Kang Nanhai xiansheng youji huibian*, Taipei (Gesammelte Reiseberichte des Herrn Kang aus Nanhai), 1979, S. 433-34.
- 5 *Guan Zhong* (gest. 645 v. Chr.), Politiker des chinesischen Altertums, führte als Kanzler im Fürstentum Qi Reformen durch, die zur wirtschaftlichen Stärkung dieses Teilstaates führten. *Shang Yang* (ca. 390-338 v. Chr.), altchinesischer Politiker und Reformler, Stammvater der auf die Festigung des bürokratischen Zentralstaates gerichteten Ideologie des Legismus (fajia).
- 6 Liang Qichao, *Zhongguo zhi quedian* (Chinas Schwächen), 1904, in: Zhang Nan/Wang, Renzhi, *Xinhai geming qian shinian jian shilun xuanji* (Auswahl von Aufsätzen, die in den zehn Jahren vor der Xinhai-Revolution erschienen sind), Shanghai 1960, Bd. 1, Teil II, S. 788-791.
- 7 Ders., *Kaiming zhuanzhi lun* (Über den aufgeklärten Absolutismus), 1904, ebenda, Bd. 2, Teil I, S. 165-196.
- 8 Frankfurter Zeitung, 17. November 1911.
- 9 K. S. Liew, *Struggle for Democracy: Sung Chiao-jen and the 1911 Chinese Revolution*, Berkeley 1971.
- 10 Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, Deutsche Gesandtschaft China, 902, No. 1247, S. 237-247.
- 11 E. P. Young, *The Presidency of Yuan Shih-k'ai. Liberalism and Dictatorship in early Republican China*, Ann Arbor 1977, S. 88.
- 12 M. Meisner, *Li Ta-chao and the Origins of Chinese Marxism*, Cambridge 1967, S. 17, 31, 32.
- 13 Chow Tse-Tsung, *The May Fourth Movement*, Stanford 1967, S. 59.
- 14 Chen Duxiu, *Bo Kang Youwei 'Gonghe pingyi'*, (Kritik an Kang Youweis Schrift 'Über die Republik'), zit. in: Kungchuan Hsiao, S. 233.
- 15 M. Wilbur, *Sun Yat-sen: Frustrated Patriot*, New York 1976, S. 29.
- 16 M. Bastid-Bruguiere, *Sun Yat-sen's Republican Idea in 1911*, Paper to the Conference on the 80th Anniversary of the 1911 Chinese Revolution, Honolulu, August 29-31, 1991.
- 17 *Sun Zhongshan quanji* (Gesammelte Werke von Sun Yatsen), Beijing, Bd. 1, S. 296-298.
- 18 Ebenda, S. 523.
- 19 *Guofu quanji* (Gesammelte Werke des Vaters der Nation), Bd. 2, Taipei 1954, S. 363.
- 20 *Sun Zhongshan quanji*, Bd. 8, S. 268.
- 21 Ebenda, Bd. 9, S. 97-98.
- 22 Ebenda, S. 96-97.
- 23 Ebenda, S. 98.
- 24 L. E. Eastman, *The Abortive Revolution. China under Nationalist Rule, 1927-1937*, Cambridge 1974, S. 142-148.
- 25 Ebenda, S. 150.
- 26 Ebenda, S. 40.

- 27 Shi Cuntong, Dangdi minzhuhua yu qunzhonghua (Zur Demokratisierung und Massenbasis der Partei), in: Geming pinglun (Revolutionäre Review), No. 12, Shanghai 1928, S. 15-18.
- 28 Tatsuo Yamada, The Role of the Third Forces in the Chinese Revolution. Paper to the Conference on the 80th Anniversary of the 1911 Chinese Revolution, Honolulu, August 29-31, 1991.
- 29 L. E. Eastman, a.a.O., S. 160-162.
- 30 Ebenda, S. 166-178.
- 31 Mao Zedong, Lun lianhe zhengfu (Über die Koalitionsregierung), 1945, in: Mao Zedong xuanji (Ausgewählte Werke Mao Zedongs), Bd. 3, Beijing 1953, S. 1085-1086.
- 32 Qin Xiaoying, Tiaochulishi de cixing xunhuan (Einen teuflischen Kreislauf der Geschichte überwinden), in: Jingjixue zhoubao (Wirtschaftswissenschaftliche Wochenzeitung), 12. März 1989, S. 7.
- 33 S. Pepper, Civil War in China. The Political Struggle 1945 - 1949, Berkeley/Los Angeles/London 1978, S. 187.
- 34 Ebenda.
- 35 Ebenda, S. 216.
- 36 Ibid., S. 139.
- 37 S. R. Belousov, Kitajskaja versija „gosudarstvennogo socialisma“ (20-40c gody XX v.), Moskva 1989, S. 167-168.
- 38 Spiegel Spezial, No. 2, 1991, S. 69.
- 39 In der Auseinandersetzung mit radikalen jungen Intellektuellen hatte sich Hu Shi, ein bekannter Philosoph und Literaturwissenschaftler, Schüler von John Dewey, gegen die Verbreitung des Marxismus in China gewandt. In einem 1918 veröffentlichten Aufsatz „Mehr die Probleme studieren und weniger über Ismen reden“ hatte er die Ansicht vertreten, daß der Sozialismus Chinas Probleme nicht lösen könne.